

## **Schriftlicher Bericht**

**des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten**

**(3. Ausschuß)**

**über den Antrag der Abgeordneten Dr. Schmidt (Wuppertal),**

**Bading, Margulies und Genossen**

**— Drucksache IV/586 —**

**betr. intereuropäische Naturparks**

### **A. Bericht der Abgeordneten Frau Dr. Rehling**

Die Antragsteller nehmen Bezug auf eine Entschließung, die als Ergebnis eines Colloquiums der „Europäischen Vereinigung für Eifel und Ardenen“ über regionale Naturparkfragen den Regierungen der in dieser Veranstaltung durch Förderer des Naturschutzgedankens vertretenen Länder zugeleitet wurde.

Das Colloquium fand statt am 21. und 22. Oktober im Schloß Assenois unter der Schirmherrschaft der Internationalen Union für den Naturschutz (IUCN), des Ausschusses für kulturelle und wissenschaftliche Fragen des Europarats, des belgischen Landwirtschaftsministers und des Gouverneurs der Provinz Luxemburg.

Der Text der Entschließung befindet sich unter den Dokumenten des Europarats (AS/Cult (13)43 vom 24. Oktober 1961). In dieser Entschließung wird eingangs hingewiesen auf die große Bedeutung des Naturschutzes, auf die Gefahren, die der europäischen Landschaft drohen, und auf die Notwendigkeit, öffentliche und private Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene zu unternehmen, um diesen Gefahren, die vielfältiger Art sind, zu begegnen. Eine Koordinierung der Arbeit zwischen dem Europarat und der IUCN wird gefordert mit dem Ziel, daß ersterer sich vor allem für den Abschluß von internationalen Konventionen einsetzen soll, die gegen die Verschmutzung der Luft, des Wassers und des Bodens sowie für den Schutz von Gebieten, die charakteristisch für die Flora und Fauna Europas sind, Vorsorge treffen.

Dem Kulturausschuß des Europarats wurde im Frühjahr 1960 von der Beratenden Versammlung ein Antrag des holländischen Abgeordneten van der Goes van Naters auf Schaffung europäischer Naturparks überwiesen. Der Ausschuß hat sich in mehreren Richtungen mit dieser Frage befaßt und Experten von europäischem Rang wie z. B. die österreichischen Professoren Machura und Strykowski gehört. Seine Beratungen haben sich auf Grund eines ausführlichen Berichts zu einer Empfehlung verdichtet, die am 27. April 1961 einstimmig von der Versammlung angenommen wurde. Dem Ministerkomitee wurde aufgegeben, die Möglichkeiten einer dauernden Zusammenarbeit in den Fragen des Naturschutzes im Rahmen des Europarats zu prüfen, ein Expertenkomitee zu berufen und in Wien ein besonderes Institut zu errichten, dessen Hauptaufgabe die Errichtung weiterer nationaler oder intereuropäischer Naturparks sein soll.

Das Expertenkomitee ist inzwischen vom Ministerrat genehmigt und der Wirtschafts- und Sozialabteilung des Europarats eingegliedert worden. Es wird Anfang des nächsten Jahres zum erstenmal zusammentreten. Seine Aufgabe soll u. a. eine Dokumentation der bereits auf nationaler und internationaler Ebene vorhandenen Gesetzgebung über den Naturschutz sowie die Vorbereitung weiterer gesetzgeberischer Maßnahmen und Konventionen sein, soweit sie sich als notwendig erweisen. Französische Naturschutzfreunde haben bereits beschlossen, in einer Eingabe an den Europarat ein verbindliches Naturschutzgesetz für alle im Europarat vertretenen

Länder zu fordern. Ferner soll das Komitee in der europäischen Öffentlichkeit für den Naturschutzgedanken werben und damit deutlich machen, wie dringend die damit zusammenhängenden Fragen einer Klärung bedürfen.

Zu den bekannten kulturellen und sozialpolitischen Aspekten der Bemühungen um Naturparks im nationalen Rahmen kommt noch der staatspolitische Gesichtspunkt bei solchen im intereuropäischen Rahmen.

Was den vorliegenden Antrag betrifft, so handelt es sich auf deutscher Seite um die Naturparks Nordeifel und Südeifel, auf belgischer Seite um die Ardennen und das belgische Venn-Gebiet und weiter südlich um die Luxemburgische Schweiz.

Das Gebiet des Naturschutzparks Nordeifel ist nicht nur morphologisch und geologisch sowie auch wegen seiner Fauna und Flora sehr interessant und schutzwürdig; es ist darüber hinaus auch altes Kulturland mit einer reichen geschichtlichen Vergangenheit und vielen bedeutsamen Kulturdenkmälern.

Im angrenzenden belgischen Gebiet setzen sich die Förderer des Naturschutzes sehr für den Gedanken der Schaffung eines intereuropäischen Naturparks ein. Staatliche Stellen sind allerdings bisher noch nicht mit der Frage befaßt.

Die Vorarbeiten zu einer Zusammenfassung der Erholungsgebiete auf beiden Seiten der Our, des deutschen Naturparks Südeifel, der 1958 gegründet wurde, und der Luxemburgischen Schweiz waren zu-

nächst behindert durch das Fehlen einer gesetzlichen Grundlage über Natur- und Landschaftsschutz in Luxemburg. Trotzdem ist mit einer baldigen Regelung zu rechnen. Am 11. November hat noch eine Sitzung der beteiligten Stellen stattgefunden, bei der das Bundesernährungsministerium durch Oberlandesforstmeister Dr. Offner vertreten war. Die Grenzen dieses intereuropäischen Naturparks sind bereits festgelegt. Es wurde die Vermehrung der Zahl der Zollübergänge und die Frage der Passierscheine erörtert. Kurzum, es kann mit einem baldigen Abschluß der Vorarbeiten gerechnet werden.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn die tatkräftige private Initiative durch den Abschluß bilateraler Verträge gekrönt würde.

Bei der Schaffung dieser intereuropäischen Naturparks handelt es sich nicht nur um Erholungsgebiete für die Bevölkerung aus Südholland, Belgien, Luxemburg, den rheinischen Industriestädten und dem Ruhrgebiet; es handelt sich auch nicht nur um die Wahrung und Förderung eines Stücks europäischen Kulturerbes. Wenn man dazu bedenkt, daß diese Gebiete in zwei Weltkriegen Schlachtfelder waren — im Hürtgenwald, dem Herzstück des Naturparks Nordeifel, haben allein 10 000 deutsche Soldaten auf mehr als zehn Friedhöfen ihre letzte Ruhestätte gefunden —, dann sollten wir wirklich das Unsere tun, hier eine Stätte freundschaftlicher Begegnung zwischen unseren Nachbarn und uns zu schaffen. Wir leisten durch die Annahme dieses Antrags einen Beitrag zur europäischen Integration.

Bonn, den 15. November 1962

**Frau Dr. Rehling**

Berichterstatlerin

## B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

dem Antrag — Drucksache IV/586 — mit folgender Maßgabe zuzustimmen:

In Nr. 3 werden die Worte „31. Dezember 1962“ durch die Worte „1. April 1963“ ersetzt.

Bonn, den 15. November 1962

### Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten

**Dr. Kopf**  
Vorsitzender

**Frau Dr. Rehling**  
Berichterstatlerin